

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu bezahlen. — Abonnementpreis vierfachjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschaltene Zeitung oder deren Raum 35 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Mittwoch, den 20. Februar 1918.

25. Jahrg.

Die Russen wollen jetzt Frieden schließen.

Das neue Reichstagswahlrecht.

Dem Reichstag ist eine Vorlage für Wahlreform im Reiche zugegangen, die das Reichstagswahlrecht in bemerkenswerter Weise ändert. Es handelt sich um die Wahlkreiseinteilung, die wie man weiß, seit 1869 unverändert geblieben ist. Jetzt sollen die Wahlkreise, die ursprünglich durchschnittlich 100 000 Seelen zählten, aber inzwischen vielfach infolge der Industriee Entwicklung zu gigantischen Größen angewachsen sind, wieder ein wenig in Ordnung gebracht werden. Die vorgeschlagene Reform ist nun nicht eine glatte Neueinteilung, so daß etwa jetzt Wahlkreise von 150 000 Seelen gebildet werden, sondern nur ein Stückchen Notgesetz. Die Wahlkreise, die weniger als 300 000 Einwohner haben, blieben so wie sie bisher waren. Die Riesenwahlkreise mit mehr als 300 000 Einwohnern erhalten in Zukunft für je 200 000 Seelle und jede weiteren Hunderttausend angefangene Einwohner einen Abgeordneten. Ein Wahlkreis mit 290 000 Einwohnern wird also durch die Vorlage überhaupt nicht berührt. Ein Wahlkreis mit 300 001 bis zu 499 999 Einwohnern erhält zwei Abgeordnete, ein Wahlkreis mit mehr als 500 000 Einwohnern drei Abgeordnete usw. In diesen Riesenwahlkreisen sollen nun aber die Sitze nicht sämtlich der Partei zufallen, welche die meisten Stimmen hat, sondern nach der Verhältnismwahl unter die Parteien verteilt werden. Chemnitz hatte bisher z. B. ein Mandat, das seit langem in sozialdemokratischen Händen war. Bei der letzten Wahl erhielten wir dort 42 000 Stimmen, die Nationalliberalen 16 500, die Konservativen 6800. Die Stimmenzahlen werden nun der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, je nach der Zahl der zu besetzenden Mandate, und die bei diesem Divisionsexempel jeweils höchste Stimmenzahl erhält das Mandat zugesprochen. Im Chemnitzer Falle ziele das erste Mandat der Sozialdemokratie zu; teilt man aber die sozialdemokratische Stimmenzahl durch 2, so ergibt sie 21 000 und da an diese Zahl die bürgerlichen Stimmenzahlen ebenfalls nicht heranreichen, würde ihr auch das zweite Mandat zugesprochen werden. Hätten sich indessen Nationalliberale und Konservative auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, oder, was in Zukunft möglich sein soll, ihre Listen vereinigt, so hätten sie zusammen 25 300 Stimmen gehabt, so daß das zweite Mandat ihnen und nicht der Sozialdemokratie zugekommen wäre.

Dieses Verhältnismwahlrecht wird in Zukunft demnach in allen großindustriellen Bezirken herrschen. Die Gesamtzahl der Mandate wird insgesamt um 44, von 397 auf 441 vermehrt. Wenigstens von diesen Mandaten der Sozialdemokratie und wieviel den bürgerlichen Parteien zufallen werden, darüber vermöchte selbst auf Grund der Wahlergebnisse von 1912 nur eine sehr gründliche Nachforschung Klarheit zu schaffen. Nun ist aber nichts gewisser als dies: Die Abstimmungsergebnisse von 1912 haben für die nächste Wahl, die nach der ungeheuren Umwälzung dieses Krieges stattfinden wird, nicht mehr die Bedeutung, die sonst frühere Wahlergebnisse für den nächsten Wahlgang haben. Wohl alle Sozialdemokraten sind fest davon überzeugt, daß die Erfahrungen dieses Weltkrieges — das ungeheuerste Unglück, das der Kapitalismus über die Welt gebracht hat und vieles anderes — die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bedeutend vermehrten müssen. Auf der anderen Seite läßt sich gernicht abschätzen, wie gute Aussichten die Parteipartitur einmütig vorgehenden bürgerlichen Parteien gibt, in jedem Wahlbezirk wenigstens die Hälfte oder ein Drittel der sozialdemokratischen Stimmenzahl aufzubringen, und sich dadurch den zweiten oder den dritten Sitz zu erobern.

Läßt sich also die Wirkung der neuen Wahlkreiseinteilung nicht vorher sagen, so liegen zwei Einwendungen gegen sie sofort auf der Hand. Einmal ist es augenscheinlich ungerecht, daß im offenen Gegensatz zu der ursprünglich festgelegten Gleichheit der Wahlkreise, auch in Zukunft große und kleine Kreise nebeneinander bestehen werden. Wie bisher wird die Stimme des großstädtischen Wählers in vielen Kreisen weniger Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages haben, als die Stimme des Wählers aus irgend einer agrarischen Gegend, oder irgend einem winzigen Kleinstaat. Ebenso ungerecht wie diese festgehaltene Ungleichheit ist die neue Ungerechtigkeit, das Verhältnismwahlrecht nur auf die großstädtischen Bezirke und nicht auf die übrigen Wahlkreise zu erstrecken. Man schlägt dadurch die kapitalistischen Minderheiten in den großstädtischen und entzieht die sozialistischen Minderheiten in den Kleinstädten.

Aber trotz aller dieser Einwendungen bleibt die Mehrung der Reichstagsmandate um 44 Sitze, die den Großstädten zufallen, ein außerordentlich bemerkenswerter Fortschritt. Berlin erhält mit seinen Vororten 20 Mandate, statt bisher 8, Hamburg 5 statt 3, Leipzig 4 statt einem, München und Dresden 3 statt 2 und die meisten anderen Großstädte 2 statt bisher einem. Selbst angenommen, daß den Hauptvorteil davon zunächst die Liberalen hätten, bedientet doch diese Reform der Wahlkreiseinteilung eine Verstärkung der sozialistischen Elemente im Reichstage, wird

Berlin, 20. Februar. In der heutigen Sitzung des Reichstages erklärte Freiherr von Kühlmann, daß ein Funkspruch aus Petersburg an die Berliner Regierung gelangt ist, in dem nach einleitenden Worten erklärt wird, daß der Rat der Volkskommissare sein Einverständnis erklärt hat, unter den Bedingungen Frieden zu schließen, die von den Delegationen des Bierbandes in Brest-Litowsk aufgestellt worden sind. Nach den Erfahrungen, die die deutsche Regierung bisher mit den Bolschewiki gemacht hat, können wir solche Telegramme nicht als ein unbedingt bindendes Abkommen ansehen, da bereits amtliche Funksprüche abgelehnt worden sind. Wir haben daher erwidert, daß wir sofort Christliche Bestätigung des Telegramms nach unseren Linien erbitten. Es ist uns geantwortet worden, daß eine derartige Bestätigung unverzüglich abgestandt werden wird. Der Staatssekretär erklärte dann weiterhin, daß seiner Aussicht nach allzu große Freude über diese neue Stellungnahme Petersburgs verfrüht wäre. Bei der Bolschewiki-Regierung sei man niemals vor Überraschungen sicher.

sie doch das Bild der Volksvertretung mehr den wirtschaftlichen Tatsachen anpassen als bisher.

Damit ist die Grundlage für weitere Verbesserungen gegeben, und so bleibt es trotz aller Einwendungen wünschenswert, daß diese erste Abschlagszahlung vielleicht noch mit einigen Verbesserungen angenommen wird. Wenn neben das neu errungene hoffentlich gleiche Wahlrecht in Preußen die bessere Vertretung der Großstädte im Reichstage tritt, sind wichtige Fundamente für den Neuaufbau Deutschlands gelegt.

Der Wiederbeginn des Reichstags.

Der Reichstag hat am Dienstag nach einer mehr als reichlich bemessenen Weihnachtspause seine Sitzungen wieder aufgenommen und hatte dabei Gelegenheit, dem neuen Ministerpräsidenten v. Payer zum erstenmal auch persönlich näherzutreten. Herr v. Payer, der von einem hartnäckigen Leiden geheilt ist, nahm in außergewöhnlicher Frische die Glückwünsche des Abgeordneten entgegen. Auch der neue Vorsitzende der Zentrumspartei, der Abg. Groeber, war zum erstenmal nach langer Krankheit wieder im Hause anwesend und Gegenstand herzlicher Begrüßung über die Reihen seiner Parteifreunde hinaus. Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer längeren Rede des Vizepräsidenten Dr. Paasche, der an Stelle des erkrankten Präsidenten Dr. Kaempf die Geschäfte des Reichstags leitet. Dr. Paasche, dem man sonst die Fähigkeiten eines gewandten Redners nicht absprechen kann, versagte bei dieser Gelegenheit vollkommen. Er verfasste eine höchst langweilige Befrachtung der gegenwärtigen militärischen und politischen Lage vom Blatt und sein monotoner Tonfall schlüsselfte das Haus beinahe völlig ein. Im Vergleich zu dieser Leistung waren selbst die Reden des Präsidenten Dr. Kaempf geradezu Höhepunkte.

Die Tagesordnung wurde schnell aufgearbeitet. Zunächst wurden eine große Zahl von Anträgen unserer Genossen Fuchs, König und der Unabhängigen Ledebour und Vogtherr über ungerechtfertigte Versammlungsverbote vom Regierungstisch mit allerlei Befürchtungen zu rechtfertigen gesucht, zu denen diese Versammlungen angeblich hätten Anlaß geben können. Weiter wurden mehrere Anträge des Haushaltsausschusses erledigt, in denen es die Entlassung der beiden ältesten Jahrgänge aus dem Heeresverband, die Zurückziehung des Vaters aus der Reserve, wenn Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, die Schaffung eines Rechtes auf Urlaub für Mannschaften und Unteroffiziere und die Beseitigung oder wenigstens Milderung der Strafe des strengen Arrestes forderte. General v. Ritsberg aus dem Kriegsministerium konnte aus militärischen Rücksichten eine volle Erfüllung dieser Wünsche nicht zusagen, der Reichstag aber erhob sie zum Beschlus. Am Mittwoch wird über den Frieden mit der Ukraine verhandelt werden.

Über den Arbeitsplan der Reichstags wurden vom Seniorenonvent folgende Vereinbarungen getroffen:

Am Mittwoch beginnt die Plenarsitzung um 11 Uhr, um den Friedensvertrag mit der Ukraine zu beraten. Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung aus; dafür tagt der Hauptrat, dem der Friedensvertrag mit der Ukraine überreicht wird. Am Freitag erfolgt die Berichterstattung des Hauptratsschusses und daran anschließend die weiteren Lesungen der Vorlage. Außerdem wird ... Antrag betreut, die Sitz-

entlassung des Abgeordneten Dittmann verhandelt. Am Sonnabend steht zur Beratung der Gesetzentwurf über die Vermehrung der Reichstagsfälle und über die Einführung der Verhältnismwahl in einer Reihe von Wahlkreisen; außerdem der Gesetzentwurf betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Am Montag beginnt die Statsberatung, die mit einer Rede des Reichsanzlers Grafen Herling eingeleitet wird. Am Sonnabend, dem 23. März wird der Reichstag in die Osterferien gehen. Man rechnet, daß die Beratungen bis Pfingsten zum Abschluß gebracht werden können.

Der Ukrainefrieden im Hauptratsschluß des Reichstages.

WTB. Berlin, 19. Februar. Im Hauptratsschluß des Reichstages wurde heute der Friedensvertrag mit der Ukraine beraten, nach einleitender Rede des Staatssekretärs von Kühlmann erklärte

Großer (Z.): Bei den Verhandlungen mit der Ukraine hätten Vertreter Polens als beteiligter Faktor aufgezogen werden sollen, dann wäre die Auseinandersetzung des Cholmer Bezirkes zur Ukraine unterblieben. Bis auf diesen Punkt kann dem Friedensvertrag im ganzen zugestimmt werden.

Seyda (Pole) legt enttäuschte Verwahrung dagegen ein, daß das Selbstbestimmungsrecht der Polen bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine beachtet werden sei. Ganz unverständlich sei die Abtreitung des Cholmer Bezirkes, der schon vom Wiener Kongress als zu Polen gehörig angesehen wurde. Daß sei eine Korrektur des Vertrages unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der polnischen Bevölkerung des Cholmer Bezirkes notwendig. Ebenso wenig dürften Grodno und Bialystok, polnische Gebiete zu Litauen geschlagen werden.

Lebedow (Ukrainisch. Soz.) fordert die Vorlegung des staatsrechtlichen Aktes, aus dem die Reichsleitung das Recht ableitet, mit der Ukraine einen Bestandteil des russischen Reiches, einen Friedensvertrag abzuschließen.

Kaumann (FDP) fragt, wie liegen die staatsrechtlichen Beziehungen der Ukrainer? Meines Wissens liegt nur eine Antwort dazu vor. Ob mit einer von den Gruppen ein gewisser Vertrag abgeschlossen werden kann, ist fraglich. Soll durch die Zwei-Kaiserproklamation vom November 1916 die Gestaltung ebenso von dem Verhalten der Polen abhängig gemacht werden, so würde das einen schlechten Eindruck machen.

Dr. David (Soz.): Das Bedenken, daß die Ukraine kein anerkannter Staat ist, ist hinsichtlich formal-rechtlich braucht man nicht zu sein. Schwerwiegender sind die Bedenken hinsichtlich der Cholmer Grenze. Die Erklärung des Ministerpräsidenten von Seidler läßt die Abmachungen ja noch nicht als endgültig getroffen erscheinen. Deshalb läßt sich die polnische Politik vielleicht wieder einkreisen. Von irgendwelchen Geheimverträgen können wir uns keinen Erfolg versprechen. Was ist richtig an den Meldungen über ein Eingreifen des Militärs in diese Angelegenheiten? Hier wird doch auch österreichisches Interesse betroffen. Im Osten herrscht im Augenblick ein trostloses Chaos, an dem die Zwischenpolitik unserer Politik mit Schuld trägt. Wollen wir aus dem Chaos herauskommen, so müssen wir im Osten völlig klare Politik treiben.

Graf Westarp (R.): Über den Friedensvertrag mit der Ukraine empfand er ungetrübte Freude. Deutschland muß hier die größte Zurückhaltung üben. Durch den Vertrag mit der Ukraine ist auch den Wünschen der Türen hinsichtlich der Karpatenfrage entsprochen. Die Hilferufe gehen auf die brutale Behandlung und Quälung der dortigen Bevölkerung durch die Bolschewisten zurück.

Streljann (Ratl.): unterstreicht den letzten Satz des Vortredners. Ich bin vier Tage in Riga gewesen und mein Tag ist vergangen, an dem mir nicht deutsche oder andere Flüchtlinge über die unbeschreiblichen Zustände und Barbareien in Russland unter dem Bolschewikiregiment berichtet haben. Vor kurzem sind auf Deli Hunderte von Leuten über das Eis gekommen, um den Grausamkeiten der Bolschewiken zu entgehen. Die Zuneigung der Russen und Litauer zu den Deutschen ist entstanden aus dem Gefühl, vor der russischen Arachne Schutz zu suchen.

v. Trampinski (Pole): Das Enteignungsgebot in Preußen soll bestätigt werden. Der Entwurf liegt vor, aber es wird nicht verabschiedet. Die Sprachenfrage ist noch nicht reguliert. Die Festlegung der Grenze zwischen Polen und der Ukraine bedeutet einen Kapitalfluss zwischen den beiden Völkern.

Fischbeck (Wolfsb.): Wir stimmen dem Friedensvertrag mit der Ukraine freudig zu. Lieber wäre es uns natürlich gewesen, wenn es gelungen wäre, mit Herrn Trotski zu einem Abkommen mit Großrussland zu kommen. In erster Linie ist für uns das deutsche Interesse maßgebend. Von ihm aus begrüßen wir jeden Einzelfrieden, der die endgültige Krieg ein Ende macht. Wir begrüßen den Frieden, weil er unter Umständen die Möglichkeit bietet, unsere Ernährung zu fördern. Wenn nicht immer minutiös die Interessen der Polen in dem Vertrag mit der Ukraine vertreten sind, so gibt hierfür das Verhalten der Polen in gewissen Säumen eine Erklärung hierfür. Es scheint, als ob man in Polen die Zwei-Kaiserproklamation als unkundbare Hypothek aufgefaßt hat, daneben aber immer Ausdruck hält, ob sich nicht durch eine andere Wendung der Dinge weitergehende politische Wünsche verwirklichen ließen. Wir haben uns stets gegen alle Ausnahmevereinbarungen gegenüber den Polen gewendet; eben das Verhalten der Polen im Landtag ist gerade nach dem weitgehenden Entgegenkommen der Kaiserproklamation auch bei uns die schwierigste Bedenken erregt. Den polnischen Ansprüchen

Der preußische Wahlrechtskampf.

Die konservativen und freikonservativen Mitglieder der Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses haben einen Antrag eingebracht, der ein reines Pluralwahlrecht vor sieht. Hierauf soll jeder Wähler eine Zusatzstimme haben. Hierzu tritt je eine Zusatzstimme auf Grund a) des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder, b) des Vermögens, c) des Einkommens, d) der selbständigen Erwerbstätigkeit, e) der Schulbildung. Auf Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der das 50. Lebensjahr vollendet und mindestens drei eheliche Kinder, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, hat oder gehabt hat. Auf Grund des Vermögens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der zur Gewinnungssteuer veranlagt ist. Auf Grund des Einkommens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der vom Staat zur Einlummensteuer veranlagt ist, sofern der Steuerbetrag den im Durchschnitt auf einen Wähler in der Gemeinde entfallenden Steuerbetrag übersteigt. Die Vorschläge betr. die selbständige Erwerbstätigkeit und die Schulbildung, die eine weitere Zusatzstimme begründen, deßen sich mit dem ursprünglichen konservativen Antrag, der neben dem Mehrstimmenvollrecht auch ein herrenständisches Wahlrecht vorsah, den aber die Antragsteller mit Rücksicht auf seine Ausfallsgefahr rückgeworfen haben.

Die Debatte selbst beweiste sich in den üblichen Bahnen. Es wurden wiederum unendlich lange Reden gehalten, in denen sich die konservativen Tauerredner über alle möglichen Fragen verbreiteten, die mit dem Wahlrecht nur in ganzlosem oder in gar keinem Zusammenhang stehend. Der Vertreter der Sozialdemokratie nahm Gelegenheit, die in der Sitzung am Montag aufgestellte Behauptung des nationalsozialistischen Redners, daß bei den Verhandlungen im Reichstag im Sommer vorigen Jahres führende sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sich mit einem Pluralwahlrecht abgeführt hätten, als irrtig zu bezeichnen. Es sei unmöglich, daß die Teilnehmer an den Besprechungen auch nur den Eindruck gehabt hätten, als würden sich Sozialdemokraten mit einem Pluralwahlrecht abfinden. Für die Sozialdemokratie komme nur das gleiche Wahlrecht in Frage, ein Pluralwahlrecht sei nicht nur grundsätzlich abzulehnen, sondern auch aus praktischen Erwägungen heraus, weil es eine Penetranztheit der Kriegsteilnehmer bediene. Weiter wandte sich unser Kenosse gegen die von verfeindeten Seiten geäußerte Furcht der Einführung eines Proposites in den geschäftsträchtigen Landesteilen. Er erklärte, daß er darin ein Ausnahmerecht gegen die Polen erblicke. Etwas anderes sei natürlich die Einführung der Verhältniswahl ganz allgemeine.

Allenkenner wurde auch für die Krise der Einführung der Wahlpflicht gestellt. Ein Nationalsozialist stellte einen entfremdeten Antrag in Aussicht; aber nachdem die Konferenz die Erfahrungen mit der Wahlpflicht in andern Ländern revidiert und nachviesen hatte, daß ein leichtes System für Preisen unmöglich sei, wurde die Ankündigung des Antrages zurückgeworfen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Nationalsozialisten am Mittwoch ihre Fraktionssitzung abhalten, wird die Mittwochssitzung erst am späten Nachmittag beginnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Frage im Reichstag.

Auf eine Frage des Abg. Stüeken, ob es richtig sei, daß bei der Heeresgruppe Mackensen den Mannschaften verboten wurde, mit Reichstags- und Landtagsabgeordneten in Verbindung zu treten, ist die Antwort erfolgt, daß ein solcher Befehl bei der genannten Heeresgruppe nicht erlassen worden sei.

Abg. Dr. Herzfeld (U. S.) fragt an, ob dem Reichsminister bekannt ist, daß der Oberbefehlshaber in den Marken an die außerordentlichen Kriegsgerichte seines Bezirks einen Befehl erlassen hat, alle aus Anlaß des neuzeitlichen großen Streiks Angeklagte und Verhaftete, wenn sie durch diese Gesetze freigesprochen werden, nicht losfrei aus der Haft zu entlassen, sondern dem Berliner Polizeipräsidium vorzuführen zu lassen, um die Schutzhaft über sie zu verhängen. Die außerordentlichen Kriegsgerichte kommen diesem Befehl nach und lassen die Kreisgerichten im Grünen Raum des Berliner Polizeipräsidiums dorthin schaffen, wo dieselben fast ausnahmslos in Schutzhaft genommen worden sind. Der Reichskanzler wird gefragt, was er gegen dieses hemmungslose und wahllose Schalten mit der Freiheit der Staatsbürger zu unternehmen gedenkt.

Abg. Meierfeld stellt fest: Der Gouverneur der Festung Köln hat am 12. Februar die „Rheinische Zeitung“ unter Vorzeichen gestellt. Eine Mitteilung an ihre Leser über diese Maßnahme ist der Zeitung nicht gestattet. Der Gouverneur hat ferner die Genehmigung einer für den 15. Februar anberaumten Volksversammlung, in der Meierfeld über „Sozialdemokratie und Vaterlandspartei“ reden sollte, im Gegensatz zu der bisherigen Praxis davon abhängig gemacht, daß der Redner vorher den Wortlaut seiner Ausführungen einreiche. In Köln besteht auch der Brauch, daß den Soldaten der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen verboten, solcher der Vaterlandspartei dagegen gestattet ist. Der Reichskanzler wird gefragt, welche Stellung er zu den geschilderten Maßnahmen der militärischen Stellen einzunehmen gedenkt und wie er dieses Vorgehen in Einklang zu bringen gedenkt mit seiner Verpflichtung, auf dem Gebiete der Presse- und Versammlungsfreiheit fühlbare Erleichterungen schaffen zu wollen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion nahm in ihrer Sitzung am Dienstag den Bericht des Fraktionsvorstandes entgegen über die Ereignisse der letzten Woche. Im Anschluß davon stand eine lebhafte Ansprache statt über den Friedensvertrag mit der Ukraine. Als Redner zu diesem Friedensvertrag wurde Abg. Dr. David bestimmt.

Ablauf des verschärften Belagerungszustandes in Groß-Berlin.

Das Oberkommando in den Marken erließ eine Bekanntmachung, daß der am 31. Januar über Berlin und Umgebung verhängte verschärfte Belagerungszustand mit Ablauf des 23. Februar 1918 außer Kraft tritt.

Antrag auf Festsetzung des Abgeordneten Dittmann.

Abg. Ledebour hat im Reichstag den Antrag eingebracht, den Abg. Dittmann für die Dauer der Sitzungsperiode des Reichstages aus der Haft zu entlassen.

Der Artikel 31 der Reichsverfassung sagt in seinem Ab-

Der amtliche Kriegsbericht.

Weiterer Vormarsch im Osten.

Erhebliche Bente.

WTB. Großes Hauptquartier, 20. Febr. (amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferskampf. Größere Erfolgsvorstände, die der Engländer westlich von Sowethen, der Franzose bei Jouvincourt und nördlich von Reims unternommen, wurden abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Bahn Riga-Petersburg wurden die 20 Kilometer vor unserer bisherigen Front liegenden russischen Stellungen überschritten. Schwacher Widerstand des Feindes bei Ziemno nördlich der Bahn wurde schnell gebrochen. Weiter Dünaburg hinaus stießen unsere Divisionen in nordöstlicher und östlicher Richtung vor. Zwischen Dünaburg und Lutzen traten wir in breiten Abschnitten den Vormarsch an. Die über Luck hinaus vorgebrachten Divisionen marschierten auf Nowo.

2500 Gefangene, mehrere 100 Geschütze und große Mengen an rotem Material fielen in unsere Hand.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste-Generalquartiermeister.

Ludendorff.

verfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Zuchthaus für Schleichhändler und Wucherer.

Die Verabschiedung der Schleichhandels- und Wucherer-Verordnung durch den Bundesrat steht bevor. Die Vorlage ist nur kurz, sodoch anzunehmen ist, daß sie die einschlägigen Abschüsse bald passiert haben wird. Wie man vernimmt, richtet sich das Gesetz nicht gegen die Käufer, die Lebensmittel nur zum Verbrauch im eigenen Haushalt kaufen, sondern gegen die Händler, die Ware zum Weiterverkauf, also zu Spekulationszwecken, erwerben und unter Verleugnung derer Verkehr mit diesen Waren regelnden Vorschriften weiterverkaufen. Als Strafen sind Geld- und Gefängnisstrafen, in Wiederholungsfällen Zuchthausstrafe vorgesehen.

Bedenfalls kommt das Gesetz ungebührlich spät. Und eine Halskette scheint es nach diesen Mitteilungen auch in sich zu bergen.

Schule und Vaterlandspartei.

Wie sich das zusammenreimt, erzählt uns die letzte Nummer der „Westpreußischen Schulzeitung“, in der es heißt:

„Doch auch hauptamtliche Kreisschulinspektoren nicht immer geneigt sind, unnötige Störungen von der Schule fernzuhalten, zeigt ein Vorgang, der in den letzten Wochen aus Westpreußen berichtet wurde. Zur Teilnahme an einer Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei ist dort die gesamte Lehrerschaft des Culmer Bezirkes für diesen Tag vom Unterricht beurlaubt worden.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Februar 1918.

129. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.
Im Bundesratsthal: a. Payer, Fr., v. Stein, v. Krause, Wallraff.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet in Vertretung des durch einen Kürgebräuch verhinderten Präsidenten Dr. Kämpf die Sitzung mit folgender Ansprache: Seit wir nach unserer letzten Tagung auseinandergezogen, sind keine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die Veranlassung zu besonderen Kundgebungen geben könnten. Zu dem ersehnten Frieden im Osten haben wir einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Wir haben mit dem neuen Staat der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile ehrenvoll genannt werden kann. Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewaltsame Annexionen und ohne Entschädigungen zu verhandeln, einen Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betreffenden Lande in dauerndem Friedenshaftriten Verhältnis zu leben. Leider ist es nicht gelungen, auch mit den übrigen Teilen Russlands den Frieden zu erreichen. Wenn es unseren Diplomaten nicht gelungen ist, auch Groß-Rußland zum Frieden zu bringen, und wenn der Kriegszustand nach monatelangem Waffenstillstand wiederhergestellt ist, so ist das nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer energischen Hilfe gelingen wird, den Bolschewiken, die sich nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts von Groß-Rußland loszulösen, die Selbständigkeit zu ermöglichen. Die Aussichten auf einen baldigen ehrenvollen Frieden im Westen sind nicht besser geworden. Man will nun wie vor nicht mit uns verhandeln, sondern will uns niederringen. Den neuen gewaltigen Kämpfen lehnen wir mit Zuversicht entgegen, in dem festen Entschluß, auszuhalten, um die Heimat zu schützen und einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht. (Lebh. Beifall.)

General v. Wriesberg: Bei der Entlassung der älteren Jahrgänge und der Urlaubsverhinderung muß die militärische Lage ausgeschlaggebend sein. Nach Möglichkeit werden die älteren Leute in die Heimat geschickt und durch junge Leute ersetzt. Über es gibt auch junge Leute, die in der Heimat nicht entdeekt werden können.

Die Fuchs (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in zahlreichen Gemeinden in der Umgegend von Straßburg die Versorgungen für die durch Armeierungsanlagen verursachten Kriegsblinden seit Herbst 1914 noch immer nicht bezahlt wird.

Ministerialdirektor Dr. Gewald betont, daß die Versorgung aus Mangel an Arbeitskräften bisher noch nicht möglich gewesen. Es sollen vorläufig durch Vermittlung des Statthalters von Elsaß-Lothringen Vorschüsse gezahlt werden.

Abg. Köniz (Soz.) führt darüber Beschwerde, daß in Dortmund weibliche Personen im Alter von 16 bis 35 Jahren aufgefordert werden sind, sich in eine Meldeliste einzutragen.

Ein Regierungsvorsteher erklärt, es habe sich nur darum gehandelt, einen Überblick über die im Notfalle verfügbaren Arbeitskräfte zu erhalten.

Abg. Bechtold (Unabh. Soz.) bringt das Verbot von Versammlungen der Unabhängigen in Stettin zur Sprache.

Ministerialdirektor Dr. Gewald erwidert, daß das Verbot im Hinblick auf die in Stettin vorgedrungenen Straßen-demonstrationen als notwendig herausgestellt hatte.

Abg. Eubel (Sp.) macht darauf aufmerksam, daß die Fernsprechnet haupthäufig durch die Kriegsgesellschaften verursacht sei, in übertriebener Weise die Fernsprechleitungen für sich in Anspruch zu nehmen.

Ein Vertreter des Reichspostamts betont, daß die Schwierigkeiten im Fernsprechverkehr in der Hauptroute mit der Unmöglichkeit, jetzt neue Leitungen herzustellen, zusammenhängen. Doch die Kriegsgesellschaften die Leitungen übertrieben in Anspruch nehmen, treffen nicht zu. Von den in Berlin angemeldeten Gesuchten nach außerhalb entfallen nach einer Feststellung nur etwa 2 Prozent auf die Kriegsgesellschaften.

Abg. Meerfeld (Soz.) bringt das Verbot einer sozialdemokratischen Versammlung durch Soldaten in Köln zur Sprache.

General v. Wriesberg erwidert, daß aktiv im Heere befindliche Militärs personen nach § 49 des Reichsmilitärgegesetzes die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt wird. Der Besuch der sozialdemokratischen Versammlung mußte daher den Soldaten verboten werden. Aus denselben Gründen ist aktiv im Heere stehende Personen der Besuch von Versammlungen der Vaterlandspartei verboten.

Auf eine Anfrage des Abg. Haenle (W.) erwidert Ministerialdirektor Gaspar: Der § 313 der Reichsverfassung ordnet die strittige Frage, in welcher Mitgliederklasse oder Zahl für die Versicherung freiwillig fortgekehrt werden kann, definitiv entschieden, daß die vor dem Auscheiden aus der Versicherungspflicht maßgebende Klasse oder Stufe zu wählen ist. Erst die Kommission des Reichstages hat die Möglichkeit hinzugefügt, in eine niedrigere Klasse oder Stufe überzutreten. Offenbar, um Mitgliedern, denen die Weiterzahlung des bisherigen Beitrages schwer fällt, trotzdem zu ermöglichen, die Mitgliedschaft zu erhalten. An die Möglichkeit, daß ein höheres Mitglied später das Bedürfnis haben kann, wieder in die höhere Stufe zu kommen, ist damals wohl nicht gedacht worden, daher dürfte dies Recht jetzt zu verneinen sein. Es wird die Frage geprüft werden, ob die Fassung zunächst im Wege der Bundesstaatsverordnung für Kriegsteilnehmer und für die Kriegsdauer neu einzuführen ist.

Eine Reihe von Petitionen werden debattlos erledigt.

Abg. Erzberger (Zentr.) berichtet sodann über Anträge des Ausschusses über militärische Angelegenheiten. Der Ausschuss fordert die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870. Wenn Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, soll der Vater aus der Generalspitze zurückgezogen werden. Mannschaften und Unteroffiziere sollen ein Recht auf Urlaub erhalten. Die Strafe des strengen Arrestes soll entweder beseitigt oder gemildert werden.

Abg. Cohnann (Zentr.) betont, daß es die Misserfolg erregt habe, daß viele junge unverheiratete Leute für die Kriegsindustrie rekrutiert sind, während Väter von zahlreichen Kindern.

General v. Wriesberg: Bei der Entlassung der älteren Jahrgänge und der Urlaubsverhinderung muß die militärische Lage ausgeschlaggebend sein. Nach Möglichkeit werden die älteren Leute in die Heimat geschickt und durch junge Leute ersetzt. Über es gibt auch junge Leute, die in der Heimat nicht entdeckt werden können.

Die Anträge werden angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Der Friede mit der Ukraine.

Schluß gegen 4½ Uhr.

Zusammenfassung und den Nachvorgebieten.

Mittwoch, 20. Februar.

Um die Arbeiter.

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Wer nämlich die Dinge nur von einer Seite betrachtet, kann wohl in schwachen Standen glauben, daß es keine anderen Menschen von Bedeutung auf der Welt gibt, als die Arbeiter. Wenn nötig, lassen sich nicht nur Scharfschäfer, sondern sogar läbische Privilegierte herab, die Arbeiter als Brüder anzusprechen. Es ist allemal für uns Arbeiter ein lustiges Gefühl, wenn man sich ab und zu ans Herz legt und weiß wie kleine Kinder, die noch nicht recht wissen, was sie tun, aber doch immer hilflich brav sein sollen. Es gibt doch nichts Edleres in der Welt, als die reine, uneigennützige Liebe! Kindern und Arbeitern muß man gut zureden, dieweil sie oft an ihrem Glück vordeirren.

Die deutsche bürgerliche Presse, nicht zuletzt die läbische, mindert denn auch nur so von Artikeln, in denen die Arbeiter nach alten Regeln getreulich bemüht werden. Die Arbeiter, die Arbeiter und immer wieder die Arbeiter! Man hat den Einfluß, als droht sie alle Dinge um sie. Das könnte man sich unter gewissen Umständen schon gefallen lassen. Wie viel und wie laut wird hervorgehoben, daß der Krieg im Interesse („Belange“) des neuen deutschen Arbeiters geführt und der Sieg selbst im alldämmigen Sinn für die Arbeiter erkämpft werden müsse. Die läbische Vaterlandspartei tut so, als ob seit ewigen Zeiten gerade die Arbeiterschaft in der Erziehung Flucht der ruhenden Pol gewesen sei. Hm! Da muß man die Geschichte doch einmal bei Licht betrachten. Waren die Herrschaften denn sonst so fürsorglich? Schämen diese Leute die Arbeiter in allen Dingen gebührend ein und geben ihnen, was rechens ist?

Die Arbeiter wissen sehr genau, oijtmaß besser als die sich als ihre Vormünder schmeichelnden Herrschaften, wie die öffentlichen Dinge zusammenhängen und wo der Schwerpunkt des Weltgeschehens liegt. Und was den gegenwärtigen Krieg anbetrifft, so ist ihnen eher als manchem ihrer sich aufdrängenden Schulmeister bewußt geworden, daß sie mit dem Ganzen stehen und fallen, das heißt, daß ihre wirtschaftliche Position geschädigt wird nach dem Grade der wirtschaftlichen Schädigung des ganzen Landes. Diese Einsicht ist ja gerade die Krajiquelle ihrer Taten. Die Arbeiter sind im allgemeinen politisch und volkswirtschaftlich so gejährt, daß sie die schwierige Situation Deutschlands in diesem Kriege vollaus begreifen; es wäre nur zu wünschen, daß es dienen könnten, die sich zur Bemühtung der Arbeiter herzumachen und anfangend mit allerlei guten Lehren an sie heranzutragen, ebenso ginge. Allerlei Geister machen sich heute an die Arbeiter heran, um sie entweder „vaterländisch“ zu bearbeiten, oder sie „revolutionär“ warm zu machen. Es gibt nämlich jetzt eine ganze Menge Spiesbürgen, die durch den Krieg nicht auf ihre Rechnung warten, deshalb wild geworden sind und nun von Arbeitern erwartet, daß sie rotat werden. Diese Leute mögen gefüllt ihre eigene Haut zu Markt tragen.

Aber auch die anderen guten Freunde sollten ihre Weisheit gegenüber verwerfen, stattdessen nur der ein Kampf hat, zu den Arbeitern zu reden, der sie vorurteilslos als vollwertige Menschen und Bürger anerkennt. Wer, vom Klassenkampf befreit, die Ab-

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): In dem Reichskanzler bestätigt, daß die eben gegebene Antwort indes vollkommen zurückliegt. (Vizepräsident Paasche: Da die Antwort im Rahmen des Reichskanzlers erfolgt, wird das zum Reichskanzler wohl bekannt sein. [Heiterer].) In dem Herrn Reichskanzler bestätigt, daß dennoch eine Generalversammlung, die in der Erinnerung als förend für den Frieden erachtet werden ist, nachträglich gefälscht worden ist, oder mit dem Verbot, in dieser Generalversammlung einen Generalversammlung zu wählen?

Vizepräsident Paasche: Da eine Antwort nicht erfolgt,

gehen wir zur nächsten Anfrage über. (Heiterer.)

besser menschlich, politisch und wirtschaftlich lieber als sich selbst stellt, kann seine Worte ruhig sparen, die Arbeiter oefen auf ihn. Die Arbeiter wollen nicht wie Bettler nach Würdigkeit und Güte Empfehlung mit milden Gaben traktiert werden. Es geht auch nicht zusammen, sich heute die Finger wund zu schreiben über das, was den Arbeitern alles passieren könnte, wenn es so und so käme, und morgen auf ihr billiges politisches und gesellschaftliches Recht mit Füßen herumzutrampon. Die Liebe gewisser Leute zu den Arbeitern hat einen Januskopf.

Vielleicht ist es nützlich, bei dieser Gelegenheit wieder an die Verhältnisse in Lübeck zu erinnern. Es rauscht und schwelt abwechselnd in den Blättern, den lübeckischen Arbeitern begreiflich zu machen, was ihre Sache ist; es donnert und läppelt nun den Tribünen herunter, den Arbeitern ihre Stellung zur Situation auszuhändigen. Immer die Arbeiter, die Arbeiter! In sich ein Beweis, wie bedeutungsvoll doch ihre Stellung im Staate ist. Aber man kann sich doch der Frage nicht enthalten: Wie steht ihr denn sonst zu den Arbeitern? Wie ist es mit eurer Neigung, sie als vollwertige Staatsbürger gelten zu lassen? Wenn ihr's so meint, dann: Hier mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht! Magt einen Anfang mit der Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Bürger in Staat und Gemeinde! Solange ihr das nicht wollt, bleibt auch mit euren Artikeln und Reden an die Arbeiter höchst zu Hause! Solange ihr nichts zu geben habt, habt ihr auch nichts zu fordern! Was die Arbeiter gegenüber dem Lande zu tun haben, haben sie ohne eure Belehrung gewußt und gefügt.

Läßt die Arbeiter, die ihr nicht für voll ansieht, mit euren Salbadereien in Ruhe! Sie werden ihren Weg ohne euch finden. Was sie in ihrer Übergröße Mehrheit bis jetzt ohne euer Zutun vollbracht haben, wißt ihr ja.

Die ersten Eitel's & Schübler. Heute morgen, als die eisernen Palonen eines Automobil- und Goldwarengeschäfts in der Breitestraße herunterstürzten, geriet ein etwa 18jähriger Knabe mit dem einen Fuß zwischen Kolossal und Vorsprung. Man mußte befürchten, daß er mindestens eine starke Durchschüttung des Fußes drohend drogen habe. Zum Glück bestätigte sich diese Annahme nicht; der Knabe war unverletzt. Es ist wohl dem Umstand zu verdanken, daß der Knabe infolge der Schuhknopfheit Vaters oder Mutter's Eitel trug, die ihm natürlich zu groß sind, die aber eine Beschädigung des Fußes verhinderten. Der Eitel selbst war fast gequält. So hat also hier die Schuhknopfheit doch einmal etwas Gutes im Gefolge gehabt.

Das Postwesen des Reichs-Postgebietes hat im Vorjahr den bisher höchsten Verkehr gehabt. Der Umlauf betrug 10 978 Millionen M., davon wurden bardeutlich abweichen 7 840 Millionen M. oder 71 4 % des Umlaufs. Die Zahl der Poststellen nahm um rund 290 zu und belief sich Ende Januar auf 192 349. Artikel zur Eröffnung eines Postfestivals sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

Die Interessengemeinschaft der Privatangestellten Südboss erstattet einen Bericht über ihre Tätigkeit vom Tage der Gründung, Juli 1916, bis zum 31. Dezember 1917. Die Übersicht zeigt, daß die sämtlichen hiesigen Zweigvereine der Betriebsorganisationen der Kaufmännischen, technischen und Büroangestellten sich zu gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen zusammengeschlossen und während der Berichtszeit eine lebhafte von Erfolg begleitete Arbeit entfaltet haben. Aus dem Berichte sei folgendes hervorgehoben: Der Kriegsversorgungsverein bildete die Privatangestellten ihre Mitarbeit in umfangreichem Maße und verhalfen ihnen dadurch die Gewissheit, daß keines des Lübecker Landeskonsistoriums für Kirchensteuer die Wiederaufnahme ihrer Beitragspflicht zu ermöglichen und zu erleichtern. Dieser katholische Fürsorgeeinrichtung führt die Interessengemeinschaft ausdrücklich ihre zweckliche Unterstützung zu. Mit dem Privatpostbüro beschäftigte die Organisation sich eingehend, was zu Einräumen an den Senat und die Oberfinanzbehördeührte. Die insgesamt reichsgleich vorgenommene Regelung dieser Angelegenheit in Lübeck noch nicht die nach Abschluß der Privatangestellten zunächst erwartete Ausführung gefunden. Der Bericht bestätigt es als eine der nächsten Aufgaben der Interessengemeinschaft, die unverzüglichste Durchführung der Privatpostordnung zu erwirken. — Ein Vorschlag des Berichts ist mit der Verbesserung des die Gehaltsverhältnisse bestehenden Material- und Verhältnisses der durch die Betriebsverbände bestimmt. Es müssen zumindest 2 1/2 Pfund Butter pro Kopf und Stunde; den Betrieb selbst sollte dann doch noch überreichlich. Es leidet aber, man will diese genannten Kreise nicht kränken, daraus liegt nun es eben. Dem ist es nicht zu verbauen, weshalb man nicht jüngste Regelung ergreift.

achten und Entwicklungen bezüglich der Wiederaufstellung der aus dem Heeresdienste entlassenen Lehrlinge, Förderung der Rechtsfriedenspflege, Erhaltung von Modellen für Kriegsteilnehmer, Unterhaltung von kriegsbeschädigten Kaufmännischen Angestellten bei ihrem Fortkommen, Ausbildung von Kriegsbeschädigten im Kontor- und Betriebshilfsdienst. — So gibt der vom Bericht umschloßene Zeitraum ein Bild von dem Bestreben der Interessengemeinschaft, allem was zum Wohle des Standes erforderlich ist, Genüge zu tun und schließt mit der Hoffnung, daß die Privatangestellten die ihnen durch ihre Geschlossenheit innenwohnende Kraft immer mehr erlernen lernen und auch im hoffentlich nicht mehr fernen Frieden bewahren. Die der Erwerbsgruppe der Privatangestellten lange vorerholtene Gleichberechtigung wird ihnen dann nicht mehr versagt bleiben.

Hamburg. Unfall mit Explosivstoff. Der 18 Jahre alte Knabe Lang sah am Montag, daß ein etwa achtjähriger Schüler in einem Hause der Röhrbaudirektion einen Explosivstoff vor Entzündung drohte. Er trat hinzu, worauf ihm ein Finger der linken Hand abgerissen und das Gesicht verlegt wurde. Der Arbeiter des Unfalls ist unbeküdigt entkommen.

Sömn. Verbrennt. Beim Radarbeiter Mund in Seedorf hat ein 12jähriges Mädchen durch Unvorsichtigkeit den Tod gefunden. Es nahm zum Feuer an und den Petroleum zu Hilfe. Dieses explodierte und die Kleider fingen Feuer. Der 17jährige Bruder, der zur Rettung herbeieilte, erlitt ebenfalls schwere Brandwunden.

Hagenow. Abgaskarte Hamsterin. Der Wachtmeister in Medefin holte eine Hamsterin aus Spanien ab, die in der Kundschaft für Geld und gute Worte folgende Sachen erhalten hatte: 4 geräucherte Schinken, 2 ungeräucherte Schinken, 2 ungeräucherte Speckstücke, 20 Pfund Butter und 866 Eier. Um welche Preise die Hamsterin diese Delikatessen erstanden hat, ist nicht ermittelt.

Kemnützer. Beim Hantieren mit einer im freien geübten Handgranate wurden dem 16jährigen Sohn des Gendarmeriebeamten Bauer von der linken Hand zwei Finger abgerissen, von der rechten Hand mehrere Finger schwer verletzt und außerdem eine Brustwunde verdeckt.

Egels. Wege Schlechtes mit Fleisch nach Hamburg wurden hier die Brüder S. und der Kopfslachter H. aus Hamburg verhaftet. Der Kopfslachter hat seit 28. Februar insgesamt 4500 Mark zur Fleischbeschaffung heraugeholt. Anfangs wurden nur Schweine und Rogen aufgelauft und das Fleisch nach Hamburg gebracht. In letzter Zeit wurde auch Schwein beim Fleischmarkt und in Lübeck mit einem Stückpreis nach Hamburg verordnet. Auf Veranlassung der Polizei wurden drei an Back in Hamburg ordentliche Küchenhersteller mit Wein bereitgestellt, von der dortigen Kriminalpolizei festgebrachte und drei später abgegangene Küchen hier in Aschersleben beschuldigt. Der Hamburger Kopfslachter war bei einer Verhaftung im Gefuge von 1800 Mark Bargeld.

Bier. Warum wir so wenig Butter erhalten. Das Schöffengericht in Lübeck verurteilte am 15. Februar einen Butterhändler zu 3000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte war Leiter einer Butterfarm in Melville und hatte etwa 1300 Pfund Butter, das an ihn abgeliefert wurden, anderweitig verwendet. Der Amtsgericht hatte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und eine Geldstrafe von 1000 M. beantragt. Die bisherige Unbedeutlichkeit des Verurteilten rettete ihn vor dem Gefängnis. — Der Angeklagte für das Oberfördingerland" schreibt unter der Spitznamen "Wethandelschein" Bitter: Die Händler haben es so weit gebracht, daß wir hier in fast jedem Geschäft mehr Butter erzielen können. Fast alle Butter geht von hier nach auswärtis: Oldenburg, Bremen, Hamburg und Berndorf. Die Preise bezahlen die Händler, die wir hier nicht erzeugen können. Nun erfahren wir, daß die hiesige Polizei ein strenges Embargo ausgesetzt und die vorhandenen Waren beschlagnahmt hat. Es war hier schon lange ein öffentliches Geheimnis, wie es hier gemacht wurde. — So wird es nicht nur im Kreise Lübeck gemacht. Das Volk leidet unter Bettelnot, weil genüge Kreise der Bevölkerung in Butter schwelzen. Wenn auch nur ein wertvoller Teil der Milch und Butter richtig erfaßt und verteilt würde, hätten alle genug, mindestens ein halbes Pfund Butter pro Kopf und Stunde; den Betrieb selbst sollte dann doch noch überreichlich. Es leidet aber, man will diese genannten Kreise nicht kränken, daraus liegt nun es eben. Dem ist es nicht zu verbauen, weshalb man nicht jüngste Regelung ergreift.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Februar. (Auszügl.) Der mittlere Teil des Mittelmeeres haben jüngere U-Boote 5 Dampfer und 10 Segler zerstört, sodann kurzfristig der Transportbericht nach

Italien gefährdet wurde. Hier der vernichteten Dampfer, von denen einer italienischer Nationalität war, wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Unter den Seglern befinden sich die italienischen Fahrzeuge "Esterel", "Ida", "Caterina", "Lotto", "Dafros", "Gacio", "Sergio", "Esa", "Adam" und "Tomy" mit Ladung, Fächer, Kohlen bzw. Grubenholz.

Eine U-Boot-Halle in Gestalt eines Zweitausender-Schiffes wurde durch zwei Artillerie-Treffer schwer beschädigt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Sturm im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 20. Februar. Der Wiener Sonderberichterstatter der "Voss. Blg." meldet: Als zu Beginn der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Präsident ein Dankesgramm des Kaisers verlas, verliehen sämtliche Slaven ostentativ den Saal. Nachdem die Slaven in den Saal zurückgekehrt waren, versuchte der Ministerpräsident seine Rede zu verlesen, es gelang ihm aber nur, sich den zunächst bei ihm stehenden Abgeordneten verständlich zu machen, denn die Tschechen und Slaven schrien jeden seiner Sätze nieder, während sie fortsetzen, auf die Tische zu schlagen, riefen die Tscheken: "Nige!" "Werret!" "Sagen Sie das noch Berlin!" Dr. von Seidler setzte während dieser Unruhe auseinander, der Friedensvertrag mit der Ukraine bilde ein unteilbares Ganzen. Die Möglichkeit des Abtransports, Russland liege aber in den Krämpfen des Bürgerkrieges, und daher werde die Erfassung und der Transport des Getreides schwierig sein. Als jetzt der tschechische Abgeordnete Šantup rief: "Die russischen Truppen wollen einschreiten. Wir protestieren!", entstand ein furchtbarer tumult zwischen den Deutschen und den Slaven. Unter großer Erregung des Hauses teilte der Ministerpräsident mit, daß wir mit der ukrainischen Delegation eine interpretierende Erklärung zu dem Friedensvertrag unterzeichneten, nach der die Grenzen in anderweitig gelegt werden soll. Ein großer Teil des Holmer Landes sei ukrainisch, und niemand hätte es verstanden, wenn wir diesen Frieden ausgeklagten hätten, nur damit das ganze Holmer Land an Polen fallen sollte. Hätten wir gehandelt, wie die Herren vom Polenkubus es verlangten, so hätten wir nicht nur diesen Frieden verschlagen, wir hätten auch die sozialen Fäden zerrißt, die vielleicht zum allgemeinen Frieden führen können.

Angesichts dieser Eröffnung muß ich auch eine gewisse Initiative über das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland ablehnen. Dem deutschen Kaiserhaus aus Ostland und Polen folgend, hat sich Deutschland entschlossen, weiter zu marschieren. Wir sind in vollem Einvernehmen mit unserem treuen Bundesgenossen zu dem Entschluß gelangt, uns an dieser Aktion nicht zu beteiligen. Seit Russland den Krieg für beendet erklärt, sind bereits über 20 000 Kriegsgefangene an der Grenze eingetroffen, und der Zustrom hält an. Wir beobachten, sobald als möglich die Verhandlungen mit der russischen Regierung betrifft des Gedankenaustausches wieder aufzunehmen. Die Polen sehen in den unregelmäßigen Verhandlungen keine Gewähr ihres Gelings. Ihr Vertrauen zu dieser Regierung, erhöhen sie, sei erschüttert. Ihr Kampf wendet sich jetzt direkt gegen den Grafen Cernin. Die Sozialisten wollen mehr als einen einfachen Bericht der Monarchie auf einen weiteren Krieg. Sie werden morgen in einer dringenden Interpellation die Fortführung der Verhandlungen von Wien nach Washington fordern!

Budapest, 19. Februar. Der Korrespondent des "Kissag" sprach mit den aus Russland heimgekehrten Mitgliedern der bulgarischen Delegation, die mitteilten: Die Nachricht, daß die Deutschen den Waffenstillstand als gefündigt ansahen, gelangte unmittelbar vor ihrer Abreise in Petersburg zur Veröffentlichung. Sie rief in Petersburg unbeschreiblichen Schrecken hervor. Mit dieser Eventualität haben die Bulgaren nicht gerechnet. Sofort ergingen Maßnahmen zur Besiegung der Front. Heimkehrend, begneigten wir überall von der Front kommenden großen russischen Truppenmengen, die Geschlechter erhielten, sofort an die Front zurückzuziehen. Die Polenkumiti kämpfen mit großen Lebensmittel Schwierigkeiten. In Petersburg herrscht ausgesprochene Hungersnot.

Basel, 19. Februar. Die "Times" meldet: General Averescu hat als neuer Ministerpräsident den alliierten Regierungen amtlich mitteilen lassen, daß es Rumänien unmöglich sei, die von der früheren Regierung unter anderen Bedingungen eingegangenen Verpflichtungen aufrechtzuerhalten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Preis: Kredit. Meyer & Co.
Sämtlich in Süder

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

z. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag, d. 21. Februar 1918
abends 8 Uhr
im Geschäftshaus, Johannisstraße 58-52.

Tagesordnung:

1. Geschäft- und Finanzergebnis vom Jahre 1917.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen, Genehmigung der Bilanz und Beteiligung des Rengemites.
3. Eröffnung des Vorstandes.
4. Neuwahl von zwölf Aufsichtsrats-Mitgliedern.

Zu dieser Versammlung werden nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Aufzeichnung legitimieren können.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

705

Der Börsen-

NB. Die Börsen, sowie die Jahresreisezug liegen vom Donnerstag, dem 14. Februar bis 21. Februar 1918 zur Einsicht der Gläubiger im Geschäftshaus, Johannisstraße 58, am

Deutsche Kolonial-Kriegsspende

Donnerstag, d. 21. Febr., abends 7 Uhr,
Sonntag, d. 23. Febr., abends 7 Uhr,

im „Hansa-Theater“ Lübeck.

Nur diese 2 öffentlichen Aufführungen in Lübeck.

Das große, sehr regende afrikanische Filmwerk

„IM DEUTSCHEN SUDAN“

mit persönlichem Vortrag seines Verfassers, des Afrikaforschers, Lernant d. Res.

Hans Schumburgk.

Belehrend, unterhaltend u. humorvoll.

Außerdem finden vom 21.-23. Febr., nachm. 5 Uhr, Vorführungen mit Begleitvortrag für Schüler und Schülerinnen statt.

Dieser Film wird Anfang März d. J. S. M. dem Kaiser vorgeführt. Außer dem Kaiser wird auch die Kaiserin und Kronprinzessin mit den Kindern und der Königin Hot zugegen sein.

Karten zu Mk. 0,60 bis 3,50: Holsteinhaus, Zigarre, Böhrich, Musikhaus Odeon, Breite Straße 2 und an der Theaterkasse erhältlich.

Nur Film!

Empfiehlt den geehrten Damen
sämtlich eleganten (714)

Frisier- und Shampone - Salon.

Bis 7 Uhr abends geöffnet.

Caroline Meyer,
Mengstraße 4, I.

Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr: (702)

Der lustige Vagabund

Stadttheater.

Mittwoch, d. 20. Februar 1918:

Anfang 7 Uhr:

Die Fledermaus.

Donnerstag, d. 21. Febr. 1918:

Anfang 7 Uhr:

Schauspielgemeinde

(Bläue Karten):

Weh' dem, der läuft

Freitag, den 22. Februar 1918:

Anfang 6½ Uhr:

Die lustigen Weiber von Windsor.

Vorverkauf bei E. Robert, Breite Straße und Holzmarkt.

Theater für die Jugend

im Marmorsaal d. Stadttheaters.

Sonntag, den 24. Februar 1918:

nachmittags 1½, 3 Uhr

Kassenöffnung 2 Uhr:

Hänsel und Gretel

und

Rotkäppchen.

Vorverkauf bei E. Robert, Breite Straße und Holzmarkt.

Leder-

Arbeits- und Dienst für
die Comptoir

C. Grimm Nachtl.,
Lederhandlung,
Schmiedstr. 6.

Bei 1-3 Uhr geöffnet.

709

Tanneck

aus dem Jahr 1917
S. 220, d. 3. Seite.

abgerufen

Heinrich Rothe,

Salzgasse 17, Berlin 12.

</

